



Jugend gegen den Notstand der Republik

Analysen, Fakten und Aktionen aus 9 Jahren Kampf
gegen Kriegsvorbereitung, Militarisierung und
die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Was ist der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik?

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress – Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedenen Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Grundlagen einer bürgerlich-demokratischen Republik in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. Geheimdienste und Polizeien arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen „Heimatschutz“, dessen Kommandos auf allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet...

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegenzustellen und gründeten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik. In ihm arbeiten seitdem Jugendliche aus unterschiedlichen Organisationen und Gruppen zusammen. Mit Broschüren, Flugblättern und einem Infobrief, den wir seit 2009 regelmäßig herausgeben, informieren wir über den Notstand der Republik und haben eine ganze Reihe von Aktionen, Demonstrationen und weitere Kongresse dagegen organisiert.

Die vorliegende Broschüre fasst die wichtigsten Analysen, Fakten und Aktionsberichte aus sieben Jahren Kampf gegen Kriegsvorbereitung, Militarisierung und die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie zusammen und gibt einen Überblick über die Tätigkeit des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik.

Mit dem Eintreten der Weltwirtschaftskrise hat sich die Kriegsgefahr verschärft. Dadurch sind die Militarisierung und der Notstand der Republik zu einer sehr konkreten Bedrohung für die Jugend geworden. Aber, so schreiben wir in unserer ersten Erklärung:

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern!

Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“

Mach mit!

Du bist herzlich eingeladen, im Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik mitzuarbeiten. Über einen Mail-Verteiler informieren wir über Treffen und Aktionen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik. Gerne kommen wir auch in Gruppen oder Gremien, um über den Notstand der Republik zu referieren. Für regelmäßige Informationen kann unser Infobrief abonniert werden. Die darin enthaltenen Artikel können verbreitet werden und wir drucken auch gerne eure Artikel, Flugblätter und Aktionsberichte ab, die im thematischen Zusammenhang mit dem Kampf gegen diesen Staatsumbau und die Kriegsvorbereitung stehen.

Infobrief des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Als Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik geben wir einen „Infobrief“ heraus, mit dem wir über die aktuelle Entwicklung des Notstands der Republik, Kriegsvorbereitungen nach innen und außen sowie Aktionen dagegen informieren. Die bisher erschienenen Infobriefe können auf der Internetseite des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik (www.jugendkongress-NdR.org) heruntergeladen werden, die Inhaltsverzeichnisse finden sich am Ende dieser Broschüre. Der Infobrief kann auch abonniert werden und ein Teil der bisherigen Ausgaben ist gegen einen kleinen Unkostenbeitrag zzgl. Porto in gedruckter Form erhältlich. Schickt eure Bestellung bitte unter Angabe der Liefer- und Rechnungsanschrift an Info@Jugendkongress-NdR.org.

Herausgeber & Kontakt

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org

Hier finden sich auch alle in dieser Broschüre fehlenden Quellenangaben zu den Artikeln. Unterstützung melden, Diskussion, eigenes Flugblatt bekanntgeben, Anregungen, Lob und Kritik:

info@jugendkongress-ndr.org

V.i.S.d.P.: J. Nanninga, Dobbenweg 10, 28203 Bremen, E.i.S.

Spenden

Der Kampf für Frieden und Demokratie kostet Geld – Spenden bitte auf folgendes Konto:
M. Wildmoser, Kto.: 41 58 45 435, BLZ: 360 100 43, Postbank Essen, Kennwort: Jugendkongress

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.

Oder: Warum sprechen wir von einem Notstand der Republik?.....	4
Einschätzungen zur Lage in der BRD.....	11
Notstand der Republik – Umbau des Staates, Zentralisierung des Gewaltenapparates, Entrechtung und Überwachung.....	16
Kriegsvorbereitung nach außen – Rüstung, Kriegseinsätze und Einflussnahme auf andere Staaten.....	37
Kriegsvorbereitung nach innen – Militarisierung und Bundeswehreinsatz im Inland.....	54
Aktionen & Bündnisse gegen den Notstand der Republik.....	74
Infobrief des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik. Bisher erschienene Ausgaben.....	78

Vorwort oder Warum sprechen wir von „Notstand der Republik“?

Die Regierenden schränken seit Jahren unsere demokratischen Rechte ein, die Militarisierung der Gesellschaft schreitet zügig voran, der staatliche Gewaltenapparat wird rechtswidrig zentralisiert, Deutschland führt Krieg und offen werden neue Kriege gefordert und vorbereitet... – die Kriegsgefahr steigt und die Demokratie und die bürgerliche Republik sind in Gefahr! Wo in den 1960er Jahren durch die Notstandsgesetze der „Notstand der Demokratie“ drohte, herrscht heute ein ständiger „Notstand der Republik“.

Wir sagen: Schluss damit, heraus auf die Straße!

Wenn sie nicht mal mehr vom Frieden reden...

„Wenn die Oberen vom Frieden reden, weiß das gemeine Volk, dass es Krieg gibt“, schrieb Bertolt Brecht in einem seiner Gedichte. Weiter schrieb er: „Wenn die Oberen den Krieg verfluchen, sind die Gestellungsbefehle schon geschrieben.“ Bei uns wurde bis vor kurzem viel von Frieden gesprochen und der Krieg auch ganz fleißig verflucht. Seit dem mit der Annexion der DDR 1990 wieder größer gewordenen Deutschland aber keine Zügel mehr angelegt sind und im siebten Jahr der Weltwirtschaftskrise reden die da oben schon nicht mehr so viel vom Frieden. Immer offener sprechen sie aus, dass Deutschland nicht nur Krieg führt, sondern die Kriege der Zukunft sehr viel größeren Ausmaßes sein werden und vor allem nicht ohne deutsche Beteiligung denkbar sind. „Wir“ sind längst wieder wer und dürfen ohne völkerrechtliche oder moralische Beschränkungen auf der Weltbühne ökonomischer und militärischer Macht mitspielen. Ganz im Sinne des Ausspruches „Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (Carl v. Clausewitz) werden eine noch schlagkräftigere deutsche Armee – bereit für Krieg und Besatzung in aller Welt – gefordert und geschaffen und der ideologische Nährboden für neue Kriege bereitet.

Bundeswehr – eine neue Armee für neue Kriege

Die großen Kriege wurden immer um den Einfluss auf Rohstoffquellen und Absatzmärkte geführt. Sie wurden zwischen denjenigen imperialistischen Staaten geführt, die sich bei Expansion und Machtausweitung in die Quere kamen. „Krieg und Lei-



chen – Die letzte Hoffnung der Reichen“, diese Weisheit ist nicht neu, wie nebenstehende Montage von 1932 (J. Heartfield) zeigt. Krieg war schon immer das beste Mittel zur Ankurbelung der schwächelnden kapitalistischen Wirtschaft. So wurde nicht nur die große Wirtschaftskrise von 1929-32 mit Bomben und Massenmord gelöst. In einer Welt, in der nur der Profit zählt, ist jedes Mittel recht. Ein englischer Gewerkschafter beschrieb das schon im 19. Jahrhundert: „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“ Mittlerweile wissen wir, wie Recht er hatte. Auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat die Welt nicht friedlicher gemacht. Und sie ist, entgegen offizieller Verlautbarungen aus Berlin mitnichten überwunden. Sie hat den Wettstreit um Rohstoffe und Märkte radikalisiert, immer aggressiver drängen die Vorfeldorganisationen der deutschen Wirtschafts- und Außenpolitik auf die Erschließung neuer Märkte im Ausland, auf die Preisgabe nationalstaatlicher Souveränität anderer Staaten. Damit werden zwar keine wankenden Volkswirtschaften, dafür aber die Portemonnaies deutscher Großbanken gerettet.

Militarisierung der Gesellschaft und die Jugend für den Krieg

Die wachsenden Widersprüche zwischen den reichsten Staaten der Welt erhöhen die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen. Währenddessen sollen wir auf kommende Kriege vorbereitet werden. Seit Jahren können wir ohne große Anstrengung verfolgen, wie die Gesellschaft zunehmend von militaristischem Gedankengut, der Erziehung zum Krieg durchdrungen wird. Ein aufmerksames Auge reicht aus, um zu erkennen, dass wir an Krieg als Normalzustand, an Soldaten in Uniform und unter Waffen gewöhnt werden sollen. Bei Zeltlagern der Bundeswehr wird mit Kindern die Jagd auf Partisanen oder das Entschärfen von Minen geübt, die Bundeswehr lockt mit „BW-Beachen“, „BW-Soccer“ oder „BW-Adventure-Games“ und verspricht Preise wie „Sardinienreise mit der Luftwaffe“, „Bergtour bei den Gebirgsjägern“ oder

„Eine Woche lang Soldat-Sein“. Dutzende bundeswehreigene Internetseiten sollen junge Menschen ködern, Tage der offenen Tür, Waffenschauen und Fernsehspots werben für den Dienst an der Waffe, in den Schulen wird schon mit Unterrichtsmaterialien der Armee gearbeitet und die Bundeswehr nistet sich in Arbeitsämtern, auf Volksfesten, bei Jobbörsen und anderswo ein. Sie schließt Kooperationsvereinbarungen mit den Kultusministerien, durch welche der Einsatz sogenannter Jugendoffiziere in den Schulen intensiviert werden soll. Dabei ist eines klar: Wo Soldaten den Unterricht übernehmen, ist eine Erziehung zu Frieden und Völkerverständigung unmöglich und das demokratische Bildungssystem in Frage gestellt.

Der Umbau des Staates für den Krieg

Seit Jahren können wir außerdem beobachten, wie der deutsche Gewaltenapparat Stück für Stück umgebaut wird. In diversen Einsatzzentren arbeiten Geheimdienste, Polizeien und Armee zusammen, was in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus nie wieder hätte sein dürfen. Damit verstößt die Bundesregierung gegen deutsches und internationales Recht. Das Bundeskriminalamt wird mit immer neuen Befugnissen ausgestattet und zu einer Art Geheimpolizei umgestaltet. Eine Bundespolizei wurde geschaffen, die es laut Völkerrecht nicht geben dürfte. Nach Plänen aus Berlin sollen Bundespolizei und BKA zusammengelegt werden, um eine Behörde aus Strafverfolgung, geheimdienstlicher Aufklärung und Exekutive mit fast unbeschränkten Befugnissen und abseits jeder demokratischen Kontrolle zu schaffen. So etwas gab es seit dem Reichssicherheitshauptamt der Hitler-Faschisten nicht mehr und darf es auch nicht geben. Die Bundeswehr nistete sich mit dem sogenannten „Heimatschutz“ in der zivilen Verwaltung ein. In allen Landkreisen, Regierungsbezirken und Landesregierungen wurden Stützpunkte sogenannter Verbindungsoffiziere errichtet, die Einfluss auf die lokale Politik ausüben und sich in „Bedrohungslagen“ die Rettungs- und Hilfsdienste unterordnen sollen. Die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig im Inland eingesetzt, sie übt sich im Kampf gegen Streikende und in der Niederschlagung von Aufständen und Demonstrationen auf Bundesgebiet.

Aus den genannten und vielen weiteren Gründen sprechen wir von einem ständigen „Notstand der Republik“. Durch den größten Staatsumbau in der Geschichte der BRD sehen wir die Demokratie und den Frieden gefährdet und rufen jeden Kriegsgegner, jeden Demokraten und Antifaschisten auf, mit

uns gegen den Notstand der Republik zu kämpfen!

In den 1960er Jahren gingen Hunderttausende gegen den Notstand der Demokratie auf die Straße, weil die Regierung kurz nach dem deutschen Faschismus wieder Notstandsgesetze in die Gesetzbücher schrieb, mit denen das Kriegsrecht ausgerufen und die Demokratie außer Kraft gesetzt werden kann.

Heute brauchen die Regierenden keine Notstandsgesetze mehr. Sie schaffen den ständigen, den alltäglichen Notstand.

Sie zerschlagen die Demokratie per Gesetz oder durch die Praxis ohne rechtliche Grundlage, sie bringen das Militär im Inland in Stellung und scheuen sich dabei einen Dreck um bestehende Gesetze. Was in den bürgerlichen Republiken dieser Welt gilt, soll in Deutschland nicht mehr gelten: Dass Grund- und Freiheitsrechte in erster Linie Schutzrechte des Staatsbürgers vor der Willkür des Staates sind. Wo diese nichts gelten, ist die bürgerliche Republik in Gefahr.

Den Widerstand dagegen zu bündeln, ist Aufgabe des Jugendaktionsausschusses – Notstand der Republik. Wir laden jeden, der sich diesen Zielen anschließen möchte, ein, mit uns gemeinsam gegen den Krieg und die Zerschlagung der Demokratie zu kämpfen.

Die Kapitalisten bieten uns Krise, Krieg und Barbarei. Wir sagen: Klassenkampf statt Weltkrieg! Hoch die internationale Solidarität! Schluss mit der Militarisierung der Gesellschaft! Schluss mit dem deutschen Kriegskurs! Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Gegen den Notstand der Republik!

Weitere Informationen zum Notstand der Republik

<http://notstand-der-republik.de>

Website des Arbeits- und Koordinationsausschuss der ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik

<http://klassenkampf-gegen-notstand-der-republik.de>

Website der Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ zur Bundestagswahl 2009

<http://www.klassenkampf-statt-weltkrieg.de>

Website der internationalen Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“